

## Ein Ende mit Schrecken – Stadt büßt 41 Millionen Euro bei US-Leasing ein

Cross-Border-Geschäft zum Leipziger Trinkwassernetz vorzeitig beendet / Kommune wird hohes Risiko los

VON JENS ROMETSCH

Diesen Mittwoch wird Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) gleich zum Anfang der Ratsversammlung ein heikles Thema aufgreifen. Es geht um grenzüberschreitende Finanzgeschäfte mit dem davon abgeleiteten Namen Cross-Border-Leasing (CBL). Und darum, dass die Stadt gerade einen solchen Vertrag zum Leipziger Trinkwassernetz aufgelöst hat.

Die gute Nachricht dürfte sein, dass Leipzig nun wieder Eigentümer des Netzes im Wert von 600 Millionen Euro ist. Die schlechte: Der Ausstieg aus dem CBL kostet reichlich 41 Millionen Euro. Wie die LVZ bereits vor der letzten Ratsversammlung am 16. Dezember exklusiv berichtete, hatte Jung in den nicht-öffentlichen Teil der damaligen Sitzung eine Vorlage eingebracht, mit der er für die vorzeitige Beendigung des Trinkwasser-CBL plädierte. Mittlerweile konnte die Redaktion das Papier einsehen. Es enthält beängstigende Aussagen, welches Risiko der Stadt droht, wenn sie nicht handelt.

Zur Vorgeschichte: Im März 2003 hatte der Stadtrat gegen die Stimmen der damaligen PDS-Fraktion (heute Linke) beschlossen, das Leipziger Trinkwassernetz für 99 Jahre an den US-Telekommunikationskonzern Verizon zu verleasen und es gleichzeitig zurückzumieten. Über den Deal wollte Verizon in den USA Steuern sparen. Leipzig erhielt einen sogenannten Barwertvorteil von 14,1 Millionen Euro ausbezahlt. Dieses Geld floss zum Großteil an die Kommunalen Wasserwerke, nur 1,8 Millionen Euro landeten im städtischen Haushalt.

Das Problem dabei: Um das Geschäft schon nach 30 Jahren „Grundmietzeit“ wieder auflösen zu können, hätte die Stadt am 2. Januar 2033 an Verizon 250 Millionen US-Dollar zahlen müssen. Damit die Summe fristgemäß zur Verfügung steht, wurden 2003 für 61 Millionen US-Dollar Anleihen beim New Yorker Versicherungsgiganten MBIA gekauft. Sie sollten sich entsprechend aufzinsen. Das Risiko – falls es nicht funktioniert – lag jedoch auf Seiten der Stadt Leipzig. Im Zuge der Weltfinanzkrise 2008 verschlechterte sich das Rating von MBIA dramatisch. Bald waren die Papiere auf „Ramsch“ eingestuft, in der Leipziger Langfristrechnung fehlten schon vor drei Jahren 90 Millionen US-Dollar. „Würde aktuell ein Totalausfall der MBIA eintreten, müsste Leipzig heute rund 150 Millionen US-Dollar in US-Staatsanleihen anlegen, um zum Kaufoptionstermin in 2033 den fälligen Betrag von 250 Millionen US-Dollar zahlen zu können“, steht in der Stadtratsvorlage vom Dezember. Andernfalls bliebe das Trinkwassernetz bis zum Jahr 2103 im Eigentum von Verizon. Auch wäre dem amerikanischen Trust so lange „ein ausreichender Ertrag für seine Investition durch jährliche Ausgleichszahlungen seitens der Stadt bis zum Jahr 2103 zu gewähren“. Nächstes Problem: Das stark wachsende Leipzig bräuchte für jede größere Veränderung am Leitungsnetz eine Genehmigung aus New York.

Ob MBIA überlebt, hängt laut Marktbeobachtern vom ungewissen Ausgang mehrerer großer Finanzprozesse in den USA ab. Folglich dürfte sich Leipzigs Stadtspitze gefreut haben, als sie im vergangenen Jahr das Angebot von Verizon erhielt, das gesamte Trinkwasser-CBL schon am 22. Dezember 2015 zu beenden. Bedingungen: eine Auflösungsprämie von 96,2 Millionen US-Dollar sowie die Übernahme aller Transaktionskosten (etwa 1,4 Millionen US-Dollar) durch die Stadt.

Nach der nicht-öffentlichen Stadtratssitzung akzeptierte Jung das Angebot. Die Kommune verkaufte zudem postwendend die MBIA-Anleihen meistbietend. Nach LVZ-Informationen erhielt sie dafür 31 Millionen US-Dollar, also nur etwa die Hälfte des Preises von vor 13 Jahren. Berücksichtigt man in der Gesamtrechnung noch den ausgezahlten Barwertvorteil von einst sowie dessen mögliche Verzinsung, so hat Leipzig bei dem Geschäft insgesamt 41,1 Millionen Euro eingebüßt. Die Auflösungsprämie für Verizon muss die Stadt zudem über Kredite finanzieren, für die nochmals neue Zinsen anfallen.

Eingefädelt hatte den Deal der frühere Wasserwerke-Chef Klaus Heiningner gemeinsam mit den beiden Finanzberatern Jürgen B. und Berthold S. – alle drei sitzen derzeit wegen etlicher Delikte im Gefängnis. Auf Betreiben Jungs hatte die Stadt in den vergangenen Jahren schon alle US-Leasings der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) aufgelöst. Allein bei einem CBL zum Straßenbahn-Gleisnetz lag dort das Risiko bei 1,4 Milliarden US-Dollar.

Übrig bleiben jetzt nur noch je ein CBL zum Klinikum St. Georg und zum Leipziger Abwassernetz – beide gelten aber als risikoarm. Das wird auch über die noch sechs laufenden CBL (von einst acht) der Leipziger Messe gesagt, welche 1997/98 gut 50 Millionen Euro eingespielt hatten.